



Brüssel, den 17. Januar 2019
(OR. fr)

Interinstitutionelles Dossier:
2000/0283 (ACC)

13172/00
DCL 1

PROBA 41

FREIGABE

des Dokuments	13172/00 RESTREINT
vom	9. November 2000
Neuer Status:	Öffentlich zugänglich
Betr.:	Empfehlung für einen Beschluss des Rates über die Beteiligung der Europäischen Gemeinschaft an der Internationalen Studiengruppe für Blei und Zink

Die Delegationen erhalten in der Anlage die freigegebene Fassung des obengenannten Dokuments.

Der Wortlaut dieses Dokuments ist mit dem der vorherigen Fassung identisch.



RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION

Brüssel, den 9. November 2000 (16.11)
(OR. fr)

13172/00

Interinstitutionelles Dossier:
2000/0283 (ACC)

RESTREINT

PROBA 41

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender: der Generalsekretär der Europäischen Kommission, Herr Bernhard ZEPTER
Eingangsdatum: 31. Oktober 2000
Empfänger: der Generalsekretär/Hohe Vertreter, Herr Javier SOLANA
Betr.: Empfehlung für einen Beschluss des Rates über die Beteiligung der Europäischen Gemeinschaft an der Internationalen Studiengruppe für Blei und Zink

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Kommissionsdokument SEK(2000) 1751 endg.

Anl.: SEK(2000) 1751 endg.



KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Brüssel, den 27.10.2000
SEK(2000) 1751 endg.

2000/0283 (ACC)

EINGESCHRÄNKTE VERTEILUNG

Empfehlung für einen

BESCHLUSS DES RATES

**über die Beteiligung der Europäischen Gemeinschaft an der Internationalen
Studiengruppe für Blei und Zink**

(von der Kommission vorgelegt)

DECLASSIFIED

BEGRÜNDUNG

1. Als Ergebnis einiger Vorgespräche, die in London (September 1958), Genf (November 1958) und New York (Mai 1959) unter der Schirmherrschaft des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen (ECOSOC) stattfanden, wurde die Einrichtung einer Internationalen Studiengruppe für Blei und Zink vereinbart. Die erste Sitzung dieser Internationalen Studiengruppe für Blei und Zink fand im Januar 1960 in Genf statt.
2. Ihrer Satzung gemäß soll die Gruppe als Forum für regierungsübergreifende Konsultationen über den internationalen Handel mit Blei und Zink fungieren, die ständige Bereitstellung genauer Daten über Angebot und Nachfrage sowie über deren voraussichtliche Entwicklung gewährleisten, für die Erhebung und Verbreitung von Statistiken sorgen und Lösungsansätze für alle Probleme oder Schwierigkeiten untersuchen, für die keine Lösung im Zuge der gewöhnlichen Entwicklung des Welthandels zu erwarten ist.
3. Die Studiengruppe greift nicht in die nationale Wirtschaftspolitik im Bereich Blei und Zink ein, noch erlegt sie ihren Mitgliedstaaten irgendwelche Beschränkungen auf.
4. Obwohl einige Mitgliedstaaten der Gemeinschaft Gründungsmitglieder der ILZSG sind und andere ihr inzwischen beigetreten sind, war die Gemeinschaft ursprünglich von einer Mitgliedschaft ausgeschlossen.
5. Gemäß Artikel 1 der „Satzung der Internationalen Studiengruppe für Blei und Zink“ können nur die Regierungen derjenigen Staaten beitreten, die Mitglieder der Vereinten Nationen oder Vertragsparteien des GATT sind. Die Kommission konnte trotzdem als Beobachter an den Sitzungen der Gruppe teilnehmen.
6. Auf die derzeit 28 Mitglieder der Gruppe entfallen über 90 % der Produktion und über 80 % des Verbrauchs von Blei und Zink weltweit.
7. Die folgenden Mitgliedstaaten der Gemeinschaft sind Mitglieder der Studiengruppe: Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, die Niederlande, Schweden, Spanien und das Vereinigte Königreich.
8. Da die obengenannten Funktionen der Studiengruppe handelsbezogene Themen umfassen und für ihre Tätigkeit somit Artikel 133 EG-Vertrag gilt, und da die Gemeinschaft mit dem Inkrafttreten der Welthandelsorganisation (WTO) am 1. Januar 1995 Vertragspartei des GATT und Gründungsmitglied der WTO selbst wurde, hat der Rat die Kommission ersucht, die nötigen Maßnahmen einzuleiten, damit die Europäische Gemeinschaft der Internationalen Studiengruppe für Blei und Zink als Vollmitglied beitreten kann.
9. Der Empfehlung für einen Beschluss des Rates wurde in diesem Sinne verfasst.

2

DECLASSIFIED

Empfehlung für einen

BESCHLUSS DES RATES 2000/0283 (ACC)

über die Beteiligung der Europäischen Gemeinschaft an der Internationalen Studiengruppe für Blei und Zink

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION -

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 133,

auf Vorschlag der Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Anlässlich der sogenannten „Konstituierenden Sitzung für Blei und Zink“, die im Mai 1959 in New York unter der Schirmherrschaft des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen (ECOSOC) stattfand, wurde die Satzung der Internationalen Studiengruppe für Blei und Zink verabschiedet.
- (2) Die Studiengruppe arbeitet unabhängig als selbständige regierungsübergreifende Organisation, die den Vereinten Nationen angegliedert ist, und bietet ihren Mitgliedern:
 - a) die Bereitstellung genauer und aktueller Daten über den Weltmarkt für Blei und Zink, sowie
 - b) ein Forum für regelmäßige regierungsübergreifende Konsultationen über den internationalen Handel mit Blei und Zink sowie über andere damit zusammenhängende Fragen, die für ihre Mitgliedstaaten von Bedeutung sind.
- (3) Die Arbeit der Studiengruppe erfolgt hauptsächlich in ihren sechs Ausschüssen: dem Ständigen Ausschuss, den Ausschüssen „Statistik und Vorausschau“, „Bergbau- und Verhüttungsprojekte“, „Recycling“, „internationale Wirtschaft“ und „Umwelt“. Zusätzlich leitet der Vorsitzende der Studiengruppe einen industriellen Beratungsausschuss, der sich aus erfahrenen Sachverständigen der Blei- und Zinkindustrie der Mitgliedstaaten zusammensetzt. Dieser Ausschuss berät die Mitglieder der Studiengruppe und dient als Forum für Konsultationen.
- (4) Die Gruppe ist vom Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe der Vereinten Nationen als internationales Rohstoffgremium anerkannt und somit dazu berechtigt, beim Gemeinsamen Fonds eine Förderung für Entwicklungsprojekte zu beantragen.
- (5) Die Regierungen der Mitgliedstaaten und die Vertragsparteien der WTO/des GATT wurden ersucht, dem Generalsekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 1 der Geschäftsordnung ihre Zustimmung zur Satzung mitzuteilen.
- (6) Die Finanzierung der Gruppe erfolgt durch die Regierungen der Mitgliedstaaten. Die

jeweiligen Beiträge werden berechnet, indem eine Hälfte des Haushalts zu gleichen Teilen und die andere Hälfte je nach dem Anteil eines Landes am gesamten Handel mit Blei und Zink unter den Mitgliedstaaten aufgeteilt wird.

- (8) Mehrere Mitgliedstaaten beteiligen sich bereits an der Arbeit der Gruppe.
- (9) Der Rat der Europäischen Union ersucht die Kommission auf der Grundlage der Empfehlung seiner Gruppe „Rohstoffe“, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, damit die Europäische Gemeinschaft dieser Studiengruppe als Vollmitglied beitreten kann¹ -

BESCHLIESST:

Artikel 1

Die Satzung der Internationalen Studiengruppe für Blei und Zink wird hiermit von der Europäischen Gemeinschaft angenommen.

Die Gemeinschaft hinterlegt ihre Annahmearkunden beim Generalsekretariat der Vereinten Nationen. Der Wortlaut der Satzung ist im Anhang beigefügt.

Artikel 2

Der Präsident des Rates wird ermächtigt, die Personen zu bestellen, die befugt sind, die Annahmearkunden in Namen der Gemeinschaft zu hinterlegen.

Geschehen zu Brüssel am [...]

*Im Namen des Rates
Der Präsident
[...]*

¹ Dok. 14170/99 ENV 455, PV/CONS 85 vom 7/2/2000, (Seite 3, Punkt 2 und Tagesordnung) sowie Dok. 13600/99 PROBA 32 vom 30/11/1999.

FINANZBOGEN			[...]	
INTERNATIONALE STUDIENGRUPPE FÜR BLEI UND ZINK			DATUM:[...]	
1. HAUSHALTSLINIE: B5 3260	MITTELBETRAG: [...]			
2. BEZEICHNUNG DER MASSNAHME: Industrielle Wettbewerbsfähigkeit				
3. RECHTSGRUNDLAGE: Artikel 133 und 135 EG-Vertrag				
4. ZIELE DER MASSNAHME Regierungsübergreifende Konsultationen über den internationalen Handel mit Blei und Zink. Studien über die Lage im Bereich Blei und Zink weltweit. Ständige Bereitstellung genauer Daten über Angebot und Nachfrage sowie ihre voraussichtliche Entwicklung. Erhebung und Verbreitung von Statistiken.				
5. FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN	12-MONATS- ZEITRAUM (Mio. EURO)	LAUFENDES HAUSHALTS- JAHR 2000 (Mio. EURO)	FOLGENDES HAUSHALTS- JAHR [2001 (Mio. EURO)	
5.0 AUSGABEN ZU LASTEN - DES EG-HAUSHALTS (ERSTATTUNGEN/INTERVENTIONEN) - DER NATIONALEN HAUSHALTE - ANDERER SEKTOREN	0,02	0,01	0,02	
5.1 EINNAHMEN - EIGENMITTEL DER EG (ABSCHÖPFUNGEN/ZÖLLE) - DER MITGLIEDSTAATEN	0]	0	0	
5.0.1 AUSGABENSCHÄTZUNGEN	2002	2003	2004	2005
5.1.1 EINNAHMENSCHÄTZUNGEN	0,025	0,025	0,025	0,025
5.2 BERECHNUNGSWEISE: [...]	0	0	0	0
6.0 IST EINE FINANZIERUNG ZU LASTEN DER MITTEL MÖGLICH, DIE IM LAUFENDEN HAUSHALTSJAHR BEI DEM BETREFFENDEN KAPITEL EINGESETZT WURDEN?				JA
6.1 IST EINE FINANZIERUNG IM WEGE EINER MITTELÜBERTRAGUNG ZWISCHEN KAPITELN IM LAUFENDEN HAUSHALTSJAHR MÖGLICH?				NEIN
6.2 IST EIN NACHTRAGSHAUSHALT ERFORDERLICH?				NEIN
6.3 SIND ENTSPRECHENDE MITTEL IN KÜNFTIGE HAUSHALTSPLÄNE EINZUSETZEN?				JA
BEMERKUNGEN: [...]				

4 bis



**INTERNATIONAL
LEAD AND ZINC
STUDY GROUP**

**Terms of Reference
Rules of Procedure**

**Committees of the Study Group
Headquarters Agreement**

January 1979

Metro House, 58 St. James's Street,
London, SW1A 1LD, England

4 c

CONTENTS

	Page
Foreword	5
Terms of Reference of Study Group	7
Rules of Procedure of Study Group	8
Rules of Procedure of Standing Committee	14
Statistical Committee	18
Economic Committee	18
Headquarters Agreement	19

DECLASSIFIED

uel

FOREWARD

In London in September 1958, under the auspices of the United Nations Economic and Social Council, a United Nations Exploratory Meeting on Lead and Zinc was "convened by the Secretary-General of the United Nations at the request of the Interim Co-ordinating Committee for International Commodity Arrangements (ICCICA), after consultations with the Governments of the countries substantially interested in lead and zinc". Thirty-two countries were represented by Delegations and six countries by Observers. The Exploratory Meeting established a Lead and Zinc Committee to explore, amongst other things, "the establishment of a study group."

As a result of discussions taken at the Exploratory Meeting and of the work of its Lead and Zinc Committee, a United Nations Conference on Lead and Zinc was convened in the Palais des Nations, Geneva in November 1958, under the auspices of the United Nations Economic and Social Council. The Conference recommended that "the Interim Co-ordinating Committee for International Commodity Arrangements (ICCICA), acting in accordance with the functions given to it by the Economic and Social Council of the United Nations, arrange for the convening of the first meeting of such a *intergovernmental study group*". The Conference retained the Lead and Zinc Committee, "pending the establishment of a study group".

As a result of the recommendation to ICCICA, a further United Nations Conference on Lead and Zinc, known as the Inaugural Meeting for Lead and Zinc, was held in United Nations Headquarters in New York in May 1959, under the auspices of the United Nations Economic and Social Council. The Conference was convened to "undertake the work necessary to establish an international study group on lead and zinc".

The first session of the International Lead and Zinc Study Group, an inter-governmental consultative organization, was held in Geneva in January 1960.

The Study Group headquarters was located in the United Nations Headquarters, New York, from its inception until 1st April 1977 when it was relocated in London, England.

London, England
January 1979

**TERMS OF REFERENCE
OF THE
INTERNATIONAL LEAD AND ZINC STUDY GROUP**

Membership

1. Membership of the International Lead and Zinc Study Group shall be open to the Governments of States Members of the United Nations or of appropriate specialized agencies or to Contracting Parties to the General Agreement on Tariffs and Trade, which consider themselves substantially interested in the production or consumption of or trade in lead and zinc.

Functions

2. The group shall provide opportunities for appropriate intergovernmental consultations on international trade in lead and/or zinc and shall make such studies of the world situation in lead and zinc, as it sees fit, having regard especially to the desirability of providing continuous accurate information regarding the supply and demand position and of its probable development. For this purpose the group shall arrange for the collection and dissemination of statistics, making use of existing sources so far as practicable.

3. The group shall, as appropriate, consider possible solutions to any special problems or difficulties which exist or may be expected to arise in lead or zinc and are unlikely to be resolved in the ordinary development of world trade.

4. The group may report to Member Governments. Such reports may include suggestions and/or recommendations.

5. For the purpose of these terms of reference, lead and zinc shall include scraps, wastes and/or residues and such lead and zinc products as the group may determine.

Operation of study group

6. The group shall meet at times and places mutually convenient to its members.

7. The group shall adopt such rules of procedure as are considered necessary to carry out its functions.

8. The group shall make such secretariat arrangements as it may deem necessary for the proper conduct of its work.

9. The participating Governments shall contribute to the expenses of the group on a basis to be determined by it.

10. The group shall remain in existence as long as it continues, in the opinion of the participating Governments, to serve a useful purpose.

11. The group shall make such arrangements as it considers appropriate by which information may be exchanged with the interested non-participating Governments of the States referred to in paragraph 1 and with appropriate non-governmental and intergovernmental organizations. The group shall co-operate in particular with the Interim Co-ordinating Committee for International Commodity Arrangements which, under resolution 557 F (XVIII) of the Economic and Social Council, has the function of co-ordinating the activities of study groups and councils.

(Reproduced as Document LZ/13 of 13 September 1960, from Document E/conf. 31/1 of 6 May 1959, the Report of the Inaugural Session of the International Lead and Zinc Study Group).

6-7

**RULES OF PROCEDURE
OF THE
INTERNATIONAL LEAD AND ZINC STUDY GROUP
MEMBERSHIP**

Rule 1

Any Government referred to in paragraph 1 of the Terms of Reference which desires to become a member of the Study Group shall notify the Secretary-General in writing accordingly. The notification shall include a declaration by the Government concerned that it considers itself substantially interested in the production or consumption of or trade in lead and/or zinc and that it accepts the Terms of Reference and the Rules of Procedure.

Rule 2

A member may at any time withdraw from the Group by written notification in advance to the Secretary-General, the withdrawal taking effect on the date specified in the notification. Withdrawal shall be without prejudice to any financial obligations already incurred and shall not entitle the withdrawing Government to any rebate of its contribution for the year in which the withdrawal occurs.

Rule 3

The Secretary-General shall notify each member of the Group of any notification received in accordance with rules 1 or 2.

REPRESENTATION

Rule 4

Each member of the Group shall, if possible, designate a person resident at the seat of the Group to whom all notices and other communications regarding the work of the Group shall be addressed, but other arrangements may be made with the Secretary-General.

Rule 5

Each member of the Group shall notify the Secretary-General as soon as possible of the names of the representative, alternates and advisers designated to represent it at a session. Members may, however, designate permanent delegations to represent them at all sessions of the Group until they decide otherwise.

Rule 6

If a member and the territories for the international relations of which it is responsible form a group of which one or more units are mainly interested in the production of lead and zinc and one or more in the consumption of lead and zinc, there may, at the request of the member, be either joint representation for all such territories within the Group or separate representation for the territories interested in production and separate representation for the territories interested in consumption of lead and zinc. Where a territory or group of territories is separately represented in accordance with this rule, it shall for the purposes of these rules be regarded as a member of the Group.

LIAISON

Rule 7

The Group shall make such arrangements as it considers appropriate by which information may be exchanged with interested non-participating Governments of the State referred to in paragraph 1 of its Terms of Reference and with appropriate non-governmental and inter-governmental organizations.

The Group may invite any appropriate inter-governmental or non-governmental organization substantially interested in lead and zinc problems to be represented at its meetings by an observer, on the understanding that such organization will extend similar rights to the Group. Such observer may attend all meetings of the Group unless the Group decides otherwise, in respect of the whole or any part of a particular meeting or series of meetings but, unless the Group decides otherwise, may not attend meetings of the Standing Committee nor of any committee or sub-committee on which all members of the Group are not represented.

The Chairman may invite any such observer to participate in the Group's discussion of any item in which the organisation represented by the observer is substantially interested, but the observer shall not have the right to vote or to submit proposals.

The following Rules of Procedure of the Group shall apply to any such organization, *mutatis mutandis*: Rules 4, 5, 13, 16, 26, 27 and 28.

FINANCIAL OBLIGATIONS

Rule 8

The financial year for the Group shall be from 1 January to 31 December.

Rule 9

Each member of the Group shall contribute annually to the expenses of the Group in accordance with the scale of contributions established subject to a minimum contribution, on the basis of the interest of each member in both lead and zinc. At the last scheduled session of each year the budget for the ensuing year shall be approved by the Group and the contributions for each member Government established. The Secretary-General will immediately notify each member government of the amount of its contribution. Contributions shall be due on 1 January ~~and should be paid by 30 June of that year~~. Should any member country still not have paid its contribution for the previous calendar year by the time of the regular Spring meeting of the Standing Committee, it shall explain any such delay at that meeting. Any member in arrears by more than its contribution for the preceding financial year shall be deprived of its voting rights or may be suspended from membership for so long as it remains in arrears.

Rule 10

Any member joining the group in the course of a financial year shall pay such proportion of its normal annual contributions as the Group may establish. Contributions received from new members shall not affect the contributions applicable to existing members in the financial year in question.

Rule 11

Contributions of members shall be payable in the currency of the State in which the headquarters of the Group is located. Financial arrangements for the Group shall be made by the Secretary-General with the authority of the Standing Committee and such arrangements shall apply until the Group decides otherwise.

Rule 12

The adoption of a budget shall be the authority to incur the expenditures set out therein. Within the limits of the overall budget and with the approval of the Standing Committee or of an appropriately designated body or officer of the Standing Committee, any appropriation under any one heading of the budget may be applied to any other heading. Payment for the account of the Group may be made under such authority(ies) as the Standing Committee may from time to time decide.

Rule 13

Travelling and subsistence expenses of delegations of members, including those of delegations to Committees or other bodies of the Group, shall not be a charge on the funds of the Group.

HEADQUARTERS OF THE GROUP

Rule 14

The headquarters of the Group shall be in London until the Group decides otherwise. The Group shall hold its sessions at such places as it decides.

SESSIONS OF THE GROUP

Rule 15

Sessions of the Group, other than those decided upon at a previous session, shall be held at the request of the Standing Committee or of the Chairman of the Group or of not less than four members. Where the request is made on the grounds of urgency, the request shall include a statement of the reasons.

Rule 16

The Secretary-General shall send to the designated representative of each member of the Group a written notification of the date of each session together with a provisional agenda for that session. Such notification and provisional agenda shall be dispatched at least thirty-five days before the commencement of the session. If a session is convened on the grounds of urgency, the notification and provisional agenda shall be dispatched at least fifteen days prior to the session and the notification shall include a statement of the reasons for convening the session.

PROVISIONAL AGENDA

Rule 17

The provisional agenda for each session shall be prepared by the Secretary-General in consultation with the Chairman of the Group. If a member of the Group wishes a particular matter to be discussed at a session of the Group it shall if possible notify the Secretary-General sixty days before the commencement of the session, including in that notification a written explanation. The agenda shall be finally decided at the Session of the Group.

CHAIRMAN AND VICE-CHAIRMEN

Rule 18

The Group shall have a Chairman and two Vice-Chairmen who shall be elected for a calendar year and may be re-elected. The elections for a calendar year shall be held at an appropriate meeting in the preceding calendar year but, in default of such elections, the Chairman and Vice-Chairman shall continue in that capacity until their successors have been elected and have taken office.

Rule 19

The duties of the Chairman or a Vice-Chairman acting as a Chairman, shall include the following:

- (a) Preside and conduct the proceedings of each session;
- (b) Declare the opening and closing of each session of the Group;
- (c) Direct discussions at meetings, ensure observance of these rules, accord the right to speak and, subject to rule 20, decide all questions of order;
- (d) Put questions, announce decisions, and, if a vote is requested, call for votes and announce the result of voting.

CONDUCT OF BUSINESS

Rule 20

During the discussion of any matter, any representative may raise a point of order and may move the closure or adjournment of the debate. In each such case, the Chairman shall immediately state his ruling, which shall stand unless overruled by the meeting.

Rule 21

The required quorum for each meeting of the Group shall be a majority of its members.

Rule 22

Each meeting of the Group shall be private unless it decides otherwise.

Rule 23

In the ordinary course of business, decisions shall be taken according to the sense of the meeting and without a vote. If a vote is requested on decisions concerning the budget, any amendment of the budget and any amendment either of the Terms of Reference or of this rule, a two-thirds majority of members present and voting shall be required. The vote shall be by a show of hands, roll-call or secret ballot, in accordance with the request. Should a vote be requested on other decisions, a simple majority shall be sufficient.

Rule 24

The Chairman, or a Vice-Chairman acting in his place, shall have no vote, but may appoint another member of his delegation to vote in his place.

11

Rule 25

The Chairman of the Standing Committee may arrange for the Group to reach decisions on any matter by correspondence. For this purpose a communication shall be sent to members inviting them to record their votes within a specified time-limit, which shall not be less than twenty-one days. The communication shall state clearly the matter at issue and the proposals in respect of which Members are invited to vote for or against. At the end of the specified time-limit, the Secretary-General shall notify all members of the decision reached. If the replies of four members contain objections to the correspondence procedure, no vote shall be taken and the matter shall stand over for decision at the next session of the Group.

OFFICIAL AND WORKING LANGUAGES

Rule 26

English, French, Russian and Spanish shall be the official and working languages of the Group. Any representative wishing to speak in any other languages shall be responsible for interpretation into one of the working languages.

All documents for the Group shall be translated into the four working languages.

Rule 27

Minutes of meetings shall consist of a summary record of the proceedings which shall be provisional in the first case. If any delegation wishes to amend any of its statements reported in the provisional record, such amendment shall be made by notification to the Secretary-General within twenty-one days of the issue of that record and no other changes shall be made unless approved by the Group at its next session.

Rule 28

Information which is the property of the Group, reports of proceedings and all other documents of the Study Group and its various committees and other bodies shall be confidential until and unless the Group or the Standing Committee as appropriate, decides otherwise.

STANDING COMMITTEE

Rule 29

A standing Committee shall be established by the Group and shall consist of those members of the Group which have indicated to the Secretary-General their desire to participate in its work. Documents connected with the work of the Committee shall be circulated to a person designated by each member of the Committee.

The Standing Committee shall elect its own Chairman and Vice-Chairmen.

The Secretary-General, or an officer designated by him, shall serve as Secretary of the Committee.

The Committee, which shall meet at least twice a year, shall adopt its own Rules of Procedure.

Rule 30

The Standing Committee shall keep the lead and zinc situation currently under review and make such recommendations to the Group as it may deem advisable. It shall carry out such other tasks as may be delegated to it by the Group. In addition, it shall exercise appropriate responsibility for the work of the Secretariat, preparation of a draft budget and other financial action in accordance with rule 12. All financial transactions on behalf of the Group shall be notified regularly to the Committee.

OTHER COMMITTEES

Rule 31

The Group may establish such other committees or bodies as may be appropriate on such terms and conditions as it may determine.

SECRETARIAT

Rule 32

The Group shall have a Secretariat consisting of a Secretary-General and such staff as may be required. The Secretariat shall be appointed or provided in such manner as the Group may decide.

Rule 33

The Secretary-General, subject to such decisions regarding provision of the Secretariat as may be made by the Group, shall be responsible for the execution of all duties falling on the Secretariat, including servicing the Group and its Committees.

AMENDMENT

Rule 34

These rules may be amended by decision of the Group taken in accordance with rule 23.

(LZ/161 of 26 September 1977, revised from LZ/58 of 13 November 1964, LZ/15 of 10 October 1960, and LZ/9 of 3 August 1960).

**RULES OF PROCEDURE
OF THE
STANDING COMMITTEE**

MEMBERSHIP, REPRESENTATION AND LIAISON

Rule 1

Any Member of the Study Group desiring to participate in the work of the Standing Committee, or, if that be the case, cease to participate therein, shall notify the Secretary in writing accordingly. The Secretary shall notify all Members of the Study Group of any notification received.

Rule 2

Each Member of the Committee shall notify the Secretary as soon as possible of the person or persons designated from time to time to represent it at meetings of the Committee and of the person to whom all documents connected with the work of the Committee shall be circulated.

Rule 3

If the Committee is of the opinion that any question under consideration is of particular concern to any non-Member Government or any organization referred to in rule 7 of the Rules of Procedure of the Group, it may decide to give such Government or organization an opportunity to present its views on that question to the Committee in writing.

MEETINGS AND AGENDA

Rule 4

Regular meetings of the Committee shall normally be held quarterly, and in any event not less than twice a year. The date of any regular meeting shall be decided by the Committee at the preceding meeting. Other meetings of the Committee may be held at the request of the Chairman or not less than four Members. The headquarters of the Committee shall normally be the headquarters of the Group, and the Committee shall hold its meetings there unless it decides otherwise.

Rule 5

The Secretary of the Committee shall send to the person or persons designated under rule 2 written notification of the date of each meeting of the Committee together with a provisional agenda. Such notification shall normally be dispatched at least 21 days before the commencement of any regular meeting, or at least 14 days before the commencement of any other meeting.

Rule 6

The provisional agenda for each meeting of the Committee shall be prepared by the Secretary. It shall consist of all matters remitted for consideration from a previous meeting of the Study Group or of the Committee or proposed by the Chairman or any Member of the Committee at least 28 days before the commencement of any regular meeting or 21 days before the commencement of any other meeting. The agenda shall be finally decided at the meeting of the Committee.

CHAIRMAN AND VICE-CHAIRMEN

Rule 7

The Committee shall have a Chairman and two Vice-Chairmen who shall be elected for one calendar year and may be re-elected. Elections for any calendar year shall normally be held at the last meeting in the preceding year but if for any reason no such elections are held, the Chairman and Vice-Chairmen shall continue in that capacity until their successors have been elected and have taken office.

Rule 8

The duties of a Chairman or of a Vice-Chairman acting as Chairman shall include the following:

- (a) Preside and conduct the proceedings at each meeting;
- (b) Declare the opening and closing of each meeting of the Committee;
- (c) Direct discussions at meetings, ensure observance of these rules, accord the right to speak and, subject to rule 10, decide all questions of order;
- (d) Put questions, announce decisions, and, if a vote is requested, call for votes and announce the result of voting.

FUNCTIONS

Rule 9

The Standing Committee shall:

- (a) Keep the lead and zinc situation currently under review and make such recommendations to the Group as it may deem advisable;
- (b) Prepare a draft budget for consideration by the Group;
- (c) Adopt interim financial arrangements for the Group in accordance with rule 11 of the Rules of Procedure of the Group;
- (d) Appoint an officer of the Group or Standing Committee for the purpose of rule 12 of the Rules of Procedure of the Group and carry out any other functions conferred on the Committee by that rule;
- (e) Exercise appropriate responsibility for the work of the Secretariat;
- (f) Undertake such other tasks as may be delegated to it by the Group.

15

CONDUCT OF BUSINESS

Rule 10

During the discussion of any matter, any representative may raise a point of order or may move the closure or adjournment of the debate. In each such case, the Chairman shall immediately state his ruling, which shall stand unless overruled by the meeting.

Rule 11

The required quorum for each meeting of the Committee shall be a majority of its Members.

Rule 12

The meetings of the Committee shall be private.

Rule 13

In the ordinary course of business decisions shall be taken according to the sense of the meeting and without a vote. If a vote is requested, decisions shall be taken by a simple majority, and shall be by show of hands, roll call, or secret ballot in accordance with the request.

Rule 14

The Chairman, or a Vice-Chairman acting in his place, shall have no vote, but may appoint another member of his delegation to vote in his place.

Rule 15

The Chairman may arrange for the Committee to reach decisions on any matter by correspondence. For this purpose a communication shall be sent to the Members inviting them to record their vote within a specified time limit which shall not normally be less than 21 days. The communication shall state clearly the matter at issue and the proposals in respect of which Members are requested to vote for or against. At the end of the specified time the Secretary shall notify all Members of the decision reached. If the reply of any Member contains an objection to the correspondence procedure no vote shall be taken and the matter shall stand over for decision at the next meeting of the Committee.

OFFICIAL AND WORKING LANGUAGES OF THE COMMITTEE

Rule 16

The working languages of the Committee shall be the working languages of the Group. However, in the interests of economy and in order to avoid difficulty in scheduling meetings the Committee shall normally work in English unless other prior arrangements have been made. Documents for the Committee may be submitted in one of the other working languages set out in rule 25 of the Rules of Procedure of the Group. The Secretariat shall as far as possible arrange for the translation of such documents into English.

Rule 17

Minutes of meetings shall be prepared by the Secretariat and circulated to Members. If any representative wishes to amend any of his statements reported in these minutes, such amendment may be made by application to the Secretary within 20 days of the issue of the minutes and no other changes shall be made unless approved by the Committee at its next meeting.

Rule 18

Information which is the property of the Committee and reports of proceedings and all other documents of the Committee or any of its sub-committees shall be confidential unless and until the Group or the Committee decides otherwise.

SUB-COMMITTEES

Rule 19

The Committee may establish such sub-committees as may be appropriate on such terms and conditions as it may decide.

SECRETARIAT

Rule 20

The Secretary of the Group, or an officer designated by him, shall serve as the Secretary of the Committee and, subject to such arrangements regarding provision of the Secretariat as may be made by the Group, shall be responsible for the provision of the Secretariat necessary for servicing the Committees and any sub-committee and for the exercise of all duties devolving on the Secretariat.

AMENDMENT

Rule 21

These rules may be amended by a decision of the Committee.

(LZ/11 Annex 'B', 9 September 1960)

STATISTICAL COMMITTEE

The Statistical Committee was established at the formation of the Study Group. Its membership is open to all member governments who are assisted during the meetings by advisers from their domestic lead and zinc industries. The object of the Committee is to prepare detailed reviews of trends in world supply and demand for lead and zinc and it presents at each session of the Study Group an appraisal of the world situation; it keeps under review the content of the statistical bulletin and reviews various aspects of lead and zinc production and consumption through sub-committees concerned with new mine and smelter projects, secondary lead and zinc and other aspects of lead and zinc statistics.

ECONOMIC COMMITTEE

The Economic Committee was set up at the fifteenth session of the Study Group in 1971, to continue the work previously carried out by a Special Working Group, established at the third session in 1961. Its membership is open to all member governments who are assisted during the meetings by advisers from their domestic lead and zinc industries. The work of the Economic Committee is undertaken through sub-committees and covers production, consumption, environmental and general economic and policy aspects of the world lead and zinc industries. Reports covering the special studies undertaken by the Committee are prepared for the use of member countries of the Study Group and are frequently made available for public distribution.

**HEADQUARTERS AGREEMENT
BETWEEN THE INTERNATIONAL LEAD AND ZINC STUDY
GROUP AND THE GOVERNMENT OF THE UNITED KINGDOM
OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND**

The International Lead and Zinc Study Group and the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland;

Desiring to define the status, privileges and immunities of the Group and persons connected with it;

Have agreed as follows:

ARTICLE 1

Use of terms

For the purpose of this Agreement:

- (a) "Group" means the International Lead and Zinc Study Group;
- (b) "Government" means the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland;
- (c) "representatives" means representatives of member of the Group and in each case means heads of delegations and alternates;
- (d) "premises of the Group" means the buildings or parts of buildings and the land ancillary thereto used for the official purposes of the Group;
- (e) "official activities of the Group" includes its administrative activities and those undertaken pursuant to its Terms of Reference in force at any one time; and
- (f) "staff member" means the Secretary-General and all persons appointed or recruited for full-time employment with the Group and subject to its staff regulations, other than experts, persons in the domestic service of the Group and persons recruited locally and assigned to hourly rates of pay.

ARTICLE 2

Interpretation

This Agreement shall be interpreted in the light of the primary objective of enabling the Group at its Headquarters in the United Kingdom fully and efficiently to discharge its responsibilities and fulfil its purposes and functions.

ARTICLE 3

Legal personality

The Group shall have legal personality. It shall in particular have the capacity to contract, to acquire and dispose of movable and immovable property and to institute legal proceedings.

ARTICLE 4

Inviolability of archives

The archives of the Group shall be inviolable. The term "archives" includes all records, correspondence, documents, manuscripts, photographs, films and recordings belonging to or held by the Group and to all information contained therein.

ARTICLE 5

Inviolability of premises

(1) The premises of the Group shall be inviolable. The Government are under a special duty to take all appropriate steps to protect the premises of the Group against any intrusion or damage and to prevent any disturbance of the peace of the Group or impairment of its dignity.

(2) The location of the premises and the archives of the Group shall be made known to the Government by the Secretary-General who shall also inform the Government of any change in the location or extent of such premises or archives and of any temporary occupation of premises for the fulfilment of its official functions. Where premises are temporarily used or occupied by the Group for the fulfilment of its official functions these premises shall, with the agreement of the appropriate authorities, be accorded the status of premises of the Group.

(3) No official of the Government or person exercising any public authority shall enter the premises of the Group except with the consent of and under conditions approved by the Secretary-General. Such consent may be assumed in the case of fire or other disasters requiring prompt protective action. No service (other than service by post) or execution of any legal process or any ancillary act such as the seizure of private property shall be permitted by the Government to take place within the premises of the Group except with the express consent of and under conditions approved by the Secretary-General.

(4) Without prejudice to the terms of this Agreement, the Group shall not permit the premises of the Group to become a refuge from justice for persons who are avoiding arrest or service of legal process under the law of the United Kingdom or against whom an order of extradition or deportation has been issued by the appropriate authorities.

ARTICLE 6

Premises

(1) The Government undertake to assist the Group in the acquisition of premises by gift, purchase or lease or in the hire of premises at such time as they may be needed.

(2) The Government shall do their utmost to ensure that the premises shall be supplied with necessary public services, including electricity, water, sewerage, gas, post, telephone, telegraph, drainage, collection of refuse and fire protection and that such public services be supplied on reasonable terms. In case of interruption or threatened interruption of any such services; the Government shall take all reasonable steps to ensure that the Group is not prejudiced.

20

ARTICLE 7

Flag and emblem

The Group shall be entitled to display its flag and emblem on the premises and means of transport of the Group and of the Secretary-General.

ARTICLE 8

Immunity from Jurisdiction

(1) Within the scope of its official activities, the Group shall have immunity from jurisdiction and execution except:

- (a) to the extent that the Group waives it in a particular case. The Group shall be deemed to have waived its immunity if, after receiving a request for waiver of immunity in a particular case by either another party to the proceedings or by the person or body before which the proceedings are pending, the Group has not given notice, within 15 days of receipt of the request, that it does not waive such immunity;
- (b) in respect of a civil action by a third party for damage arising from an accident caused by a motor vehicle belonging to or operated on behalf of the Group or in respect of a motor traffic offence involving such a vehicle;
- (c) in respect of an enforcement of an arbitration award made under either Article 22 or Article 23 of this Agreement; and
- (d) in the event of the attachment, pursuant to the order of a court of law, of the salaries, wages or other emoluments owed by the Group to an officer of the Group.

(2) Subject to paragraph (1) of this Article, the Group's property and assets wherever situated shall be immune from any form of administrative or provisional judicial constraint such as requisition, confiscation, expropriation or attachment, except insofar as may be temporarily necessary in connection with the prevention of, and investigation into, accidents involving motor vehicles belonging to, or operated on behalf of, the Group.

ARTICLE 9

Exemption from taxes

(1) With the scope of its official activities, the Group and its property and income shall be exempt from all direct taxes. Direct taxes include income tax, capital gains tax, corporation tax and municipal rates levied on the premises of the Group with the exception of the proportion which, as in the case of diplomatic missions, represents payments for specific services rendered. Municipal rates shall in the first instance be paid by the Government and the proportion which represents payments for specific services rendered shall be recovered by them from the Group.

(2) The Group shall be accorded a refund of car tax and value added tax paid on the purchase of new motor cars of United Kingdom manufacture, and, where it is readily identifiable, value added tax paid on the supply of goods or services of substantial value, necessary for the official activities of the Group. In this connection it is envisaged that claims for refund will be made only in respect of goods or

21

services supplied on a recurring basis or involving considerable quantities of goods or involving considerable expenditure such as the furnishing of the premises of the Group. No refund shall be made in respect of any claim for goods or services where the value of the goods or services does not amount in the aggregate to £100 sterling or more.

ARTICLE 10

Exemption from customs duties

(1) Goods whose import or export by or on behalf of the Group is necessary for the exercise of its official activities shall be exempt from all customs duties and other charges (except mere payments for services) and from all prohibitions and restrictions on import or export.

(2) The Group shall be accorded a refund of the customs duty and value added tax paid on the importation of hydrocarbon oils purchased by it and necessary for the exercise of its official activities.

ARTICLE 11

Exemption from taxes and duties

Exemption in respect of taxes or duties under Article 9 or Article 10 of this Agreement shall not be granted in respect of goods or services which may be purchased or imported for the personal benefit of a staff member of the Group.

ARTICLE 12

Re-sale

Goods which have been acquired under Article 9 or imported under Article 10 of this Agreement shall not be given away, sold, hired out or otherwise disposed of unless the appropriate authorities have been notified in advance and any necessary duties and taxes paid.

ARTICLE 13

Funds, currency and securities

The Group may receive, acquire, hold and dispose of freely any kind of funds, currencies or securities.

ARTICLE 14

Communications

(1) The Government shall permit and protect unrestricted communication on the part of the Group for all official purposes. The Group may employ all appropriate means of communication, including messages in code or cypher. However, the Group may install and use a wireless transmitter only with the consent of the

22

appropriate authorities. The Secretary-General shall permit the inspection of wireless transmitting apparatus at all reasonable times by the appropriate authorities.

(2) No censorship shall be applied to official communications of the Group by whatever means of communication.

ARTICLE 15

Circulation of publications

The circulation of publication and other information material sent by or to the Group within the scope of its official activities shall not be restricted in any way.

ARTICLE 16

Representatives

(1) Representatives shall enjoy, while exercising their functions and in the course of their journeys to and from the place of meeting, the following privileges and immunities:

- (a) immunity from arrest and detention and from seizure of their personal luggage, except when found committing, attempting to commit, or just having committed an offence;
- (b) immunity from jurisdiction (even after the termination of their mission) in respect of acts, including words written or spoken, done by them in the exercise of their functions; this immunity shall not however apply in the case of a motor traffic offence committed by a representative nor in the case of damage caused by a motor vehicle belonging to or driven by him;
- (c) inviolability for all their official papers and documents;
- (d) exemption for themselves and their spouses from all measures restricting entry, from charges for visas and from registration formalities for the purpose of immigration control;
- (e) unless they are residents of the United Kingdom for the purpose of exchange control, the same exchange control treatment as is accorded to diplomatic agents; and
- (f) the same customs facilities as regards their personal luggage as are accorded to diplomatic agents.

(2) The provisions of the preceding paragraph shall be applicable irrespective of the relations existing between the Governments which the persons referred to represent and the Government of the United Kingdom and are without prejudice to any special immunities to which such persons may be entitled.

(3) The privileges and immunities described in paragraph (1) of this Article shall not be accorded to any representative of the Government or to any citizen of the United Kingdom and Colonies.

(4) Privileges and immunities are accorded to representatives in order to ensure complete independence in the exercise of their functions in connection with the Group. A Member State shall waive the immunity of its representative where the immunity would impede the course of justice and where it can be waived without prejudicing the purposes for which it was accorded.

23

(5) In order to assist the Government to implement the provisions of this Article, the Group shall as far as possible inform the Government of the names of representatives in advance of their arrival in the United Kingdom.

ARTICLE 17 Staff members

Staff members of the Group:

- (a) shall have (even after they have left the service of the Group) immunity from jurisdiction in respect of acts done by them in the exercise of their functions, including words written or spoken; this immunity shall not however apply in the case of a motor traffic offence committed by a staff member nor in the case of damage caused by a motor vehicle belonging to or driven by him;
- (b) shall be exempt from any obligations in respect of military service; and members of their families forming part of their households shall enjoy the same exemption, provided that this exemption shall not apply to any person who is a citizen of the United Kingdom and Colonies;
- (c) shall enjoy inviolability for all their official papers and documents;
- (d) shall enjoy exemption from all measures restricting immigration, from charges for visas and from registration formalities for the purpose of immigration control; and members of their families forming part of their households shall enjoy the same facilities;
- (e) unless they are citizens of the United Kingdom and Colonies or permanently resident in the United Kingdom shall be accorded the treatment in matters of exchange control which is accorded to a diplomatic agent in the United Kingdom of the State in which they were resident for exchange control purposes when appointed to their posts with the Group; and
- (f) unless they are citizens of the United Kingdom and Colonies or permanently resident in the United Kingdom, shall, at the time of first taking up their post in the United Kingdom, be exempt from customs duties and other customs charges (except mere payments for services) in respect of import of their furniture and personal effects (including one motor car each) in their ownership or possession or already ordered by them and intended for their personal use or for their establishment. Such goods shall normally be imported within three months of their first entry into the United Kingdom, but in exceptional circumstances an extension of this period may be granted. The privilege shall be subject to the conditions governing the disposal of goods imported into the United Kingdom free of duty and to the general restrictions applied in the United Kingdom to all imports.

ARTICLE 18 Experts

Experts (other than staff members) in the exercise of their functions in connection with the Group or in carrying out missions for the Group shall enjoy the

24

following to the extent that they are necessary for the carrying out of their functions, including journeys made in carrying out their functions and in the course of such missions:

- (a) even after they have ceased to be employed by the Group immunity from jurisdiction in respect of acts done by them in the exercise of their functions, including words written or spoken, except in the case of a motor traffic offence committed by an expert or in the case of damage caused by a motor vehicle belonging to or driven by him; and
- (b) inviolability for all their official papers and documents.

ARTICLE 19

Income tax

(1) The staff members of the Group shall be subject to a tax imposed by the Group for its benefit on salaries and emoluments paid by the Group. From the date on which this tax is applied such salaries and emoluments shall be exempt from United Kingdom income tax, but the Government shall retain the right to take these salaries and emoluments into account for the purpose of assessing the amount of taxation to be applied to income from other sources.

(2) In the event that the Group operates a system for the payment of pensions and annuities to its former staff members, the provisions of paragraph (1) of this Article shall not apply to such pensions and annuities.

ARTICLE 20

Object of privileges and immunities. Waiver

(1) The privileges and immunities accorded in this Agreement to staff members and experts are provided solely to ensure in all circumstances the unimpeded functioning of the Group and the complete independence of the persons to whom they are accorded.

(2) The Secretary-General has the right and the duty to waive such immunities (other than his own) when he considers that such immunities are preventing the carrying out of justice and when it is possible to dispense with them without prejudicing the interests of the Group. In respect of the Secretary-General, the Group may waive his immunities.

ARTICLE 21

Co-operation

The Group shall co-operate at all times with the appropriate authorities in order to prevent any abuse of the privileges and immunities and facilities provided for in this Agreement. The right of the Government to take all precautionary measures in the interests of its security shall not be prejudiced by any provision in this Agreement.

ARTICLE 22

Arbitration

Where the Group enters into contracts (other than contracts concluded in accordance with staff regulations) with a person resident in the United Kingdom or a body incorporated or having its principal place of business in the United Kingdom and embodies the terms of the contract in a formal instrument, that instrument shall include an arbitration clause whereby any disputes arising out of the interpretation or execution of the contract may at the request of either party be submitted to private arbitration.

ARTICLE 23

Submission to an International Arbitration Tribunal

The Group shall, at the instance of the Government, submit to an international arbitration tribunal any dispute:

- (a) arising out of damage caused by the Group;
- (b) involving any other non-contractual responsibility of the Group; or
- (c) involving a staff member or expert of the Group, in which the person concerned can claim immunity from jurisdiction under this Agreement and that immunity has not been waived.

ARTICLE 24

Notification of appointment. Cards

(1) The Group shall inform the Government when a staff member or expert takes up or relinquishes his post. Furthermore the Group shall from time to time send to the Government a list of all staff members and experts. In each case the Group shall indicate whether a staff member is a citizen of the United Kingdom and Colonies or permanently resident in the United Kingdom.

(2) The Government shall issue to all staff members and experts on notification of their appointment, a card bearing the photograph of the holder and identifying him as a staff member. This card shall be accepted by the appropriate authorities as evidence of identity and appointment. The Group shall return the card to the Government when the holder relinquishes his duties.

ARTICLE 25

Modification

At the request either of the Group or of the Government consultations shall take place respecting the implementation, modification or extension of this Agreement. Any understanding, modification or extension may be given effect by an Exchange of Letters between a representative of the Secretary-General (after approval by the Group) and the Government.

ARTICLE 26

Disputes

Any dispute between the Group and the Government concerning the interpretation or application of this Agreement or any question affecting the relations between the Group and the Government which is not settled by negotiation or by some other agreed method shall be referred for final decision to a panel of three arbitrators. One of those arbitrators shall be chosen by Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign and Commonwealth Affairs, one shall be chosen by the Secretary-General and the third, who shall be the Chairman of the Tribunal, shall be chosen by the first two arbitrators. Should the first two arbitrators fail to agree upon the third within one year of their own appointment, the third arbitrator, at the request of the Group or of the Government, shall be chosen by the President of the International Court of Justice.

ARTICLE 27

Entry into force and termination

(1) This Agreement shall enter into force on signature.

(2) This Agreement may be terminated by agreement between the Group and the Government. In the event of the Headquarters of the Group being moved from the territory of the United Kingdom, this Agreement shall, after the period reasonably required for such transfer and the disposal of the property of the Group in the United Kingdom, cease to be in force.

In witness whereof the respective representatives have signed this Agreement.

Done in duplicate at London this 21st day of December 1978

For the International Lead and Zinc Study Group:

W. Keith Buck

For the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland:

Evan Luard

LZ/SC/191 of January, 1979)

27

Supplemental Article to Headquarters Agreement, concluded by an exchange of letters between the Government of the United Kingdom of Great Britain and North Ireland and the International Lead and Zinc Study Group, dated 9 March 1979:

When the International Lead and Zinc Study Group has established its own social security scheme, or has joined that of another international organization, staff members of the Study Group as defined by Article 1(f) of the Headquarters Agreement between the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the International Lead and Zinc Study Group who are not citizens of the United Kingdom and Colonies or permanently resident in the United Kingdom, shall enjoy exemptions whereby services rendered for the Study Group shall be deemed to be excepted from any employment in respect of which contributions or premiums are payable under enactments in force in relation to social security in the United Kingdom.

(LZ/SC/193 of 13 March 1979)